Rechtsberaterin der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Peter Schwaiger, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund seines Antrags vom 23. August 2010 und gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Tété António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, aufgrund des Antrags des Ständigen Vertreters Ugandas bei den Vereinten Nationen vom 24. August 2010 an den Ratspräsidenten und gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab⁶⁴:

„Der Sicherheitsrat ist nach wie vor zutiefst besorgt über die Bedrohung, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See gegen Schiffe für die Situation in Somalia und die anderen Staaten in der Region sowie für die internationale Schifffahrt und die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege darstellen.

Der Rat ist fest davon überzeugt, dass die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen, einschließlich derjenigen, die zu solchen Handlungen aufstacheln oder sie absichtlich erleichtern, vor Gericht gestellt werden sollen, und vertritt in dieser Hinsicht die Auffassung, dass die wirksame Strafverfolgung der mutmaßlichen Seeräuber und derjenigen, die sie unterstützen, von künftigen seeräuberischen Angriffen abschrecken kann. Der Rat hält es daher für äußerst wichtig, langfristige Lösungen für das Problem der Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und des Freiheitsentzugs verurteilter Seeräuber zu finden, die es gestatten, konkrete und dauerhafte Ergebnisse zu erzielen und so zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Somalia beizutragen, und erinnert in dieser Hinsicht daran, dass Frieden und Stabilität innerhalb Somalias, die Stärkung der staatlichen Institutionen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit erforderlich sind, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Seeräuberei und den bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias auf Dauer ein Ende gemacht wird.

Der Rat begrüßt den in seiner Resolution 1918 (2010) erbetenen Bericht des Generalsekretärs über mögliche Optionen zur Förderung des Ziels der Strafverfolgung und des Freiheitsentzugs der für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen, insbesondere auch Optionen zur Einrichtung von Sonderkammern nationaler Gerichte, möglicherweise mit internationalen Komponenten, oder eines regionalen oder internationalen Gerichtshofs, samt entsprechenden Regelungen für den Freiheitsentzug, unter Berücksichtigung der Arbeit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, der bestehenden Praxis bei der Errichtung internationaler und gemischter Gerichtshöfe sowie des für die Erreichung konkreter und dauerhafter Ergebnisse nötigen Zeitaufwands und Mittelbedarfs⁶⁵. Der Rat stellt fest, dass der Bericht die Herausforderungen bei der Bewältigung dieses Problems aufzeigt, insbesondere die begrenzten Justizkapazitäten der Staaten in der Region, die Kapazitäten der Haftanstalten und die Regelungen zur Rückführung der von ausländischen Gerichten strafrechtlich verfolg-

⁶⁴ S/PRST/2010/16.

⁶⁵ S/2010/394.

ten Verdächtigen, und vertritt die Auffassung, dass der Bericht eine solide Grundlage für die künftige Tätigkeit zur Stärkung der internationalen, regionalen und nationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel, Seeräuber vor Gericht zu stellen, bietet.

Der Rat würdigt die laufenden Anstrengungen der Staaten, einschließlich der Staaten in der Region, insbesondere Kenias und der Seychellen, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, wobei er betont, dass alle Staaten diese Anstrengungen fortsetzen müssen, so auch indem sie die Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe stellen.

Der Rat betont, dass die Staaten und die internationalen Organisationen auch weiterhin das Problem angehen müssen, dass die Justiz- und Strafvollzugssysteme in Somalia und den anderen Staaten in der Region nur begrenzt in der Lage sind, mutmaßliche Seeräuber wirksam strafrechtlich zu verfolgen, in Untersuchungshaft zu nehmen und gegen sie verhängte Freiheitsstrafen zu vollstrecken. In dieser Hinsicht weiß der Rat die Hilfe zu schätzen, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere internationale Organisationen und Geber in Abstimmung mit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias derzeit gewähren, um die Justiz- und Strafvollzugssysteme in Somalia, Kenia, den Seychellen und anderen Staaten in der Region besser in die Lage zu versetzen, mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen und gegen sie verhängte Freiheitsstrafen im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen zu vollstrecken. Der Rat bekräftigt außerdem, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982⁶⁶, insbesondere seinen Artikeln 100, 101 und 105, niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie für sonstige Meerestätigkeiten vorgibt.

Der Rat unterstreicht, dass die Fortschritte bei der Strafverfolgung und beim Freiheitsentzug der für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen, einschließlich derjenigen, die zu solchen Handlungen aufstacheln oder sie absichtlich erleichtern, regelmäßig überprüft werden müssen, damit mögliche weitere Schritte geprüft werden können, die gewährleisten, dass diese Personen zur Verantwortung gezogen werden. Der Rat legt der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias nahe, die diesbezüglichen Erörterungen unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile der verschiedenen in dem Bericht des Generalsekretärs beschriebenen Optionen fortzusetzen.

Der Rat begrüßt die Absicht des Generalsekretärs, einen Sonderberater für rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Seeräuberei vor der Küste Somalias zu ernennen, eingedenk dessen, wie wichtig es ist, die Anstrengungen des Sekretariats, einschließlich des Sonderberaters, mit der laufenden Arbeit aller einschlägigen internationalen Akteure zu koordinieren.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, in seinen dem Rat nach Ziffer 17 der Resolution 1897 (2009) vorzulegenden Bericht unter Berücksichtigung der Arbeit der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias alle neuen Informationen und Feststellungen über mögliche Wege zur Förderung der laufenden Zusammenarbeit, darunter mit den Staaten in der Region, bei der Strafverfolgung und dem Freiheitsentzug der für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlichen Personen aufzunehmen.

Der Rat bekundet seine Absicht, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.“

⁶⁶ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1994 II S. 1798; öBGBI. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.